

besten und
mit. (Seht
en wir uns
dies in
eine Fort-
Gefährdung
glaube, daß
zu haben.
haben auch
schonmalen
zusammen-
zu nehmen.
ergriffen Sie
selbst.)

ist, es wäre
verloren aus-
der Ver-
Wir selbst
zu sprechen,
zu allen mög-
lichen, was ich
ein Abgeseh-
auszusprechen.
eten worden.
unfte, und es
die Lage und
die Angelegen-
der Ver-
daß das Volk
Staatssekretär,
den Sie denn
viele Frauen
hundertlang
zu erhalten?
hast erhalten
Sie nicht
kämpf: Diese
rufen rufen
Empfehlung
empfehlen, die
habe diesen
und es lag
(a.) Wasden
nicht geküht,
den Sozial-
sekretär und
hat gemacht
den Ver-
der Staats-
sehr belastet
twerdend sein.
den Staats-
Vorlage zu

Glauht der
zeugung ver-
den das Vater-
lichen Vorlage
abhängig des
Sie dürfen
nicht (schäbigt.)
Landessekretär
bedrücklich fest,
unterschieden
habeis jeder,
in Reiner zur
getrieben durch
er, gegen diese
Sehr richtig!

Der Reichs-
hausdhalts-
anderen Aus-
Bemerkung.
Rothaushalt.

den
nicht die
aufen.
SER
5

den
nicht die
aufen.
SER
5

den
nicht die
aufen.
SER
5

den
nicht die
aufen.
SER
5

den
nicht die
aufen.
SER
5

den
nicht die
aufen.
SER
5

den
nicht die
aufen.
SER
5

den
nicht die
aufen.
SER
5

den
nicht die
aufen.
SER
5

Beilage zu Nummer 71 der Volksstimme.

Freitag den 24. März 1916.

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 24. März 1916.

Die Fleischversorgung.

Neue Bundesratsbestimmungen werden demnächst veröffentlicht, durch welche die Fleischversorgung einheitlich geregelt werden soll. Dem „Berliner Lokalanzeiger“ wird hierüber geschrieben:

„Fleischfleischarten hofft die neue „Reichsfleischstelle“ vermeiden zu können; sie erwartet durch geschickte Regelung des Vieh- und Fleischhandels und seine Verbindung mit den Herstellern eine wirtschaftliche Verteilung der zur Verfügung stehenden Mengen erreichen zu können. Breiten z. B. würde etwa in provinzielle Bezirke geteilt, an deren Spitze als Vertrauensmann ein Großhändler stünde, der wiederum für die kleineren Bezirke und Kreise seine Unterhändler zur Verfügung hätte, welche den direkten Verkehr mit den Kleinhändlern und -märgern wie bisher in sachverständiger Weise besorgen, aber unter Aufsicht der Bundesratsbestimmungen stehen; denn die Preisregelung ist so gedacht, daß ein gewisser Satz als Richtpreis am Stall für den Händler maßgebend sein soll. Er selbst erhält neben den Produktionskosten nur gewisse prozentuale Aufschläge zu diesem Stallpreis. Die Städte würden ihren Bedarf berechnen müssen und einen Anteil erhalten, auf den die Mengen, die sie sich aus einzelnen besonderen Fleischverträgen gesichert haben, angerechnet wären. Die Städte müßten ihrerseits ihr Fleischgewerbe in vorzüglicher Weise zusammenfassen, um Schwankungen dieses Gewerbes zu vermeiden, zugleich aber die Fleischversorgung der Bevölkerung sicherzustellen.“

Bei dieser Neuordnung der Fleischversorgung dürfte für die Konsumenten herzlich wenig herausbringen.

Die Lage des Arbeitsmarktes in Hessen und Hessen-Nassau.

Der Arbeitsmarkt hatte im Februar einen erfreulichen Aufschwung zu verzeichnen. In der Landwirtschaft war die Nachfrage nach Arbeitskräften infolge des ungünstigen Wetters immer noch schlecht. Dagegen herrschte lebhafteste Nachfrage nach Gärtnern. Im Metallgewerbe stieg die Zahl der offenen Stellen und beschaffen Stellen erheblich. Arbeiter konnten nicht in genügender Zahl beschafft werden. Ganzlicher Mangel herrschte an Schmieden. Das Angebot und die Nachfrage für Spengler und Installateure glücken sich auch. In der Edelmetallindustrie war die Lage gegenüber dem Vormonat wenig verändert. Im Sattler- und Tapezierergewerbe hat sich der Geschäftsgang wieder gehoben. In der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe war ein Aufschwung bemerkbar. Für das Schneidergewerbe war die Vermittlungstätigkeit sehr reger, doch schloß es oft an besseren Arbeitskräften. In der Industrie der Nahrungs- und Genussmittel war namentlich im Bäckergewerbe sehr großer Mangel an Arbeitskräften. Im Bekleidungs- und Reinigungs-gewerbe stieg die Nachfrage nach Arbeitskräften besonders bei den Schuhmachern, im Schneidergewerbe infolge der besseren Beschäftigung in der Zivilschneiderei und Damenkonfektion die Nachfrage um das Doppelte gegenüber dem Vormonat. Bei den Friseurinnen herrschte immer noch großer Mangel an Gehilfen. Im Baugewerbe wurden vorwiegend Maurer und Zimmerer für staatliche und städtische Bauten von größeren Firmen verlangt. Frost und Regenwetter veranlaßten hier und da die Einstellung von Erdarbeiten. Bei den Malern und Weißbändern war die Arbeitsgelegenheit zufriedenstellend, fast alle Bewerber konnten untergebracht werden. Dagegen waren nicht genügend vorhanden. Im graphischen Gewerbe war starke Nachfrage nach Buchdruckern. Im Gastwirts-gewerbe begann die Nachfrage nach Personal für die kommenden Frühjahrsmonate, freilich nicht in dem Umfange wie in Friedenszeit. In männlichem Küchenpersonal herrschte starker Mangel. Vielfach wurde Personal aus dem neutralen Ausland eingestellt. An Hilfspersonal war wie immer Mangel. Für ungelernzte Arbeiter fehlte es vielfach an Stellen. Ebenso ging die Vermittlung der Jugendlichen, wohl infolge der vermehrten Einstellung weiblicher Hilfskräfte zurück.

Auf dem weiblichen Arbeitsmarkt war der Verkehr lebhaft, besonders in den Dienstbotenabteilungen; es fehlte jedoch der Zugang der besseren Landmädchen.

Frühjahrskontrollversammlung.

Zu den Frühjahrskontrollversammlungen haben, wie das Königl. Bezirkskommando bekannt gibt, zu erscheinen: sämt-

liche Unteroffiziere und Mannschaften des Beurlaubtenstandes des Heeres und der Marine, alle ausgebildeten Unteroffiziere und Mannschaften des Landsturms zweiten Aufgebots, alle Rekruten und ausgebildeten unangehörigen Landsturm-pflichtigen, einschließlich der Jahressklasse 1897, sowie alle die bei der Kriegsmusterung im September und Oktober 1915 bisher „dauernd Untauglichen“ ausgehobenen, unangehörigen und alle als tauglich bezeichneten ausgebildeten Landsturm-pflichtigen, sowie alle wegen Krankheit auf Zeit Kurdisgestellten. Weiter nehmen teil: die Unteroffiziere und Mannschaften, die auf Zeit vom Heeresdienst befreit sind, die zeitig garnison-dienstunfähigen und zeitig arbeitsverwendungsunfähigen, die Kriegs- und Friedens-Rentenempfänger, Kriegs- und Friedens-Invaliden, die Dispositionslasche, sämtlich bei ihrer Waffengattung und Jahressklasse, alle dem Heer oder der Marine angehörenden aktiven Personen, die sich zur Erholung, wegen Krankheit oder aus anderen Gründen auf Urlaub befinden und so weit marschfähig sind, daß sie den Kontrollplatz erreichen können. Nicht zu erscheinen haben diejenigen Personen, die bei der Kriegsmusterung im September 1915 oder später die Entscheidung „dauernd garnison- und arbeitsverwendungsunfähig (dauernd untauglich)“ erhalten haben. Nur die Entscheidung der Erblasserbehörde ist maßgebend, nicht etwa entsprechende Einträge der Truppenteile. Ebenso haben nicht zu erscheinen, die noch nicht gemusterten aus Stammrolle angemeldeten ehemaligen d. u. und dauernd garnison-dienstunfähigen (ausgebildeten und unangehörigen), die in der Zeit vom 2. September 1890 bis 1875 geboren sind. Die Kontrollversammlungen für den Kreis Wiesbaden-Stadt finden, wie immer, im Hof des Bezirkskommandos, Veramstraße 3, statt, und zwar in der Zeit vom 3. April bis 8. April. Das Nähere geht aus der Bekanntmachung des Bezirkskommandos hervor.

Anschließend folgen dann die Kontrollversammlungen für den Landkreis Wiesbaden, den Rheingaukreis und den Untertaunuskreis, wie aus den umfangreichen Bekanntmachungen des Bezirkskommandos hervorgeht. Eine besondere Verordnung durch schriftlichen Befehl ergeht nicht.

„Entlassungsschein.“ Aus Anlaß eines Streitfalles entschied das Gewerbegericht in R., die Ueberchrift „Entlassungsschein“ auf dem Abgangsgeld eines Arbeitnehmers sei unstatthaft. Er habe nach § 113 der R.-G.-O. und § 630 R.-G.-B. einen Anspruch auf ein „Zeugnis“. Die Ueberchrift „Entlassungsschein“ könne sehr leicht den unrichtigen Eindruck hervorrufen, daß der Arbeitnehmer kündigungsfähig sei oder aber zum mindesten, daß ihm vom Arbeitgeber gekündigt worden sei.

Sonntagszug Saalburg-Frankfurt. Bei günstiger Witterung wird vom 28. März ab an jedem Sonntag ein Bedarfszug von der Saalburg nach Frankfurt abgefahren mit 2 bis 4 Wagenklasse. Abfahrt Saalburg 7 Uhr abends, Frankfurt an 8.15 Uhr abends mit direktem Anschluß mit den fahrplanmäßigen Zügen nach Wiesbaden, Mainz usw.

Geschäftsverbot. Der Polizeipräsident macht bekannt: Dem „Butter- und Eierhändler Johann Reibiger zu Wiesbaden, Neugasse 10 wohnhaft, ist auf Grund der Verordnung des Bundesrats vom 23. September 1915 über die Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel mit dem heutigen Tage der Handel mit Butter, Eiern und Käse untersagt worden.“

Bundesratsbeschlüsse zur Kriegsfürsorge. Dem Reichstag ist eine Uebersicht der vom Bundesrat gefassten Entschlüsse zugeworfen. Darnach soll die Versorgung der unehelichen Kinder von Kriegsteilnehmern durch eine Novelle zum Militärhinterbliebenengesetz geregelt werden. Bis dahin sind einmalige Aufwendungen bereitgestellt. Dem Antrag, Eltern, die mehrere Söhne im Felde haben, auch für mehrere Söhne die Kriegsunterstützung zu geben, hat nicht entsprochen werden können. Die schuldlos geschiedene Ehefrau erhält die Unterstützung. Dem Antrag, ohne Rücksicht auf die Bedürftigkeit Familienunterstützung zu gewähren, ist nicht stattgegeben worden. Die Verurteilung der unehelichen Kinder ist erfolgt. Die Vaterschaft wird auch als nachgewiesen angesehen, wenn sie nicht gerichtlich anerkannt ist. Es werden formlose Nachweise als ausreichend erachtet. Die Angehörigen von Mannschaften, deren aktive Dienstzeit

ihn Abend für Abend in ein Weinrestaurant, wo banale Lebens-männer ihren Stammtisch haben und ihn verbotenen. Die Wirklichkeit, ein köstliches Gemisch aus naiver Gutmutigkeit und Verdorbenheit, ist die Einsicht, die etwas von den Ab-gründen in Arnolds Seelenleben abt, aber auch sie kann ihm nicht helfen; die Ereignisse wirken sich so zu, daß er zum Selbstmord angetrieben wird.

Der letzte Akt, der ganz dem Toten geweiht ist, ist einzigartig in der dramatischen Literatur; in schwebender Lyrik wird hier der Tod zum Erlebnis, und man wundert sich fast, daß noch kein Künstler diese Werte gefühlt hat. Dies alles kam bei der ergreifenden Darstellungsweise Steinruds zu voller Wirkung. Wie hier jeder Stimmungszug ausge-schöpft und menschliche Größe und menschliche Schwäche von innen heraus fühlbar gemacht wird, das gehört zu den künstlerischen Erlebnissen, die aktiv das Wesen des zur Mit-wirkung miteingewirkten Publikums zu beeinflussen vermögen und zu den ersten formalen Genüssen unserer Tage.

Gerr Steinruds hatte in Herrn Klopfer (Arnold) einen interessanten eigenartigen Gegenspieler. Im Wechsel der Stimme, in Haltung, Blick und Gebärde fühlte man Per-sönlichkeit, Veranlassung und einen letzten Rest von Glauben an das eigene Selbst. Auch die Damen Lillmann (Rise Pänisch) und Frieze (Micheline) boten wohlhabend ge-fesselte Leistungen. Im letzten Akt hätte man bei aller Ästhetik vor dem Streben, den Stimmungseffekt der Szene voll zur Geltung zu bringen, bei den meisten Darstellern sprachtech-nisch bessere Durchbildung gewünscht; es war trotz angelegent-ester Aufmerksamkeit nicht immer möglich, zu folgen. Der dritte Akt hingegen war eine Glanzleistung naturalistischer Darstellungsart; er trug Regie und Darstellern den stärksten Beifall ein.

Im Schauspielhaus bietet die Egl.-Bühne wieder zwei Anzeigen-Vorstellungen; gestern den „G'wissenswurm“ in einer Aufführung, an der man seine helle Freude haben konnte. Ludwig Auer als alter Bauer und Eduard Rüd als Erbknecht sind zwei Spieler, die ausstüpfen, was in den Rollen steckt. Heute wird der „Reineidbauer“ ge-gaben; um den Besuch zu empfehlen, sei darauf hingewiesen.

während des Dienstes eigentlich erfüllt war, erhalten von diesem Zeitpunkt ab die Unterstützung bereits seit längerer Zeit. Im übrigen ist in Aussicht genommen, die Unterstützung auch den Angehörigen aller aktiv dienenden Mannschaf-ten im Falle der Bedürftigkeit zu gewähren.

Neue Bekandaufnahme der Kartoffeln. Am 15. April soll der Bestand der Kartoffeln, die sich noch bei den Erzeugern befinden, vom neuem amtlich festgestellt werden, da die bisherigen Schätzungen weit auseinandergehen. Bis zum 10. d. Mts. waren die Bedarfsan-meldungen der Reichskartoffelstelle einzu-reichen. Auf diese werden zunächst etwa 50 v. H. aus den Ueber-schussgebieten geliefert werden. Die weitere Lieferung wird nach den Ergebnissen der Bekandauf-nahme eingerichtet werden.

Aus dem Kreise Wiesbaden.

Diebstahl, 23. März. (Schweinefleischverkauf.) Am Sonntag den 25. d. M. wird bei folgenden Metzgermeistern bestes Gefrier-Schweinefleisch ausgehoben, und zwar zum Preise von 2.30 Mark das Pfund durchschnittlich, während für Roteilestücke 2.30 Mark und für Speck 2.50 Mark verlangt werden kann: Josef Gies, Wm., Brunnengasse 10; Hornfel, Armenstraße 26; Jean Rittert, Schulstraße 11; Karl Rott, Heppenhumer Straße 4; Kar- tin Reichenbacher, Rathausstraße 88; Julius Ulrich, Friedrich-straße 27; Jean Wehrheim, Wiesbadener Straße 3; Paul Röh, Elisabethstraße 18. Die Arbeiterfrauen müssen frühzeitig am Samstag in den Metzgerläden erscheinen. Offenlich handeln die Metzger bei der Ausgabe gerecht und geben auch an Nichtkunden Fleisch ab. — (Ablösung von der Feuerwehrdienst-pflicht.) Nach dem Ortsstatut betr. das Feuerschutzwesen vom 24. Januar 1908 kann die persönlich zu leistende Feuerwehrdienst-pflicht durch Zahlung eines jährlichen Betrages abgelöst werden. Die Tage beträgt 1 Mark bei einem Einkommen von 100 bis 1200 Mark, 2 Mark bei einem Einkommen von 1200 bis 1800 Mark, 3 Mark bei einem Einkommen von 1801 bis 2400 Mark und steigt weiter bis zu einem Einkommen von 6000 Mark. Die Ablösung erfolgt für das Rechnungsjahr. Die Anträge sind bei der Polizei-verwaltung anzubringen. Der einmal gefällte Antrag auf Ablösung gilt auch später so lange stillschweigend weiter, bis er ausdrücklich guthesetzt worden wird.

Sonnenberg, 24. März. (Gemeindeverordnetenversammlung.) Am Mittwoch fand die erste Sitzung nach den Wahlen statt. Von der Verfügung des Vorsitzenden des Bezirksausschusses in Wies-baden betr. Enteignung von Grundstücken im Rabengrund nahm die Versammlung zustimmend Kenntnis. Den Bericht der Finanz-kommission über den Haushaltsplan des Ortes Sonnenberg für 1916 erstattete der Vorsitzende der Finanzkommission Herr Rentier Semmler. Der Haushaltsvorschlag wurde in Einnahmen und Ausgaben auf 201 100 Mark festgesetzt und genehmigt. Hierauf schloß sich die Beschlußfassung über den Steuerbedarf und dessen Verteilung im Rechnungsjahr 1916. Es sollen 1916 zur Erhebung gelangen: 120 Prozent Zuschlag zur Einkommensteuer, 1.63 pro Mille der Grund- und Gebäudesteuer nach dem gemeinen Wert, 108 Prozent Zuschlag zur Gewerbesteuer und 100 Prozent Zuschlag zur Betriebssteuer. Verhöfste Interesse wendet die Verwaltung auf dem weiteren Wege- und Straßenbau zu. Besonders sind fer-ner Maßnahmen nötig gegen die unerlaubte Geschäftsmache mit Lebensmitteln von unehrlicher Seite und gegen die Einhaltung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen. — (Erweiterung der Kanalisation.) Neben der bereits bestehenden Wasserleitung schreitet der Bau der Kanalisation, der 1911 begann, weiter fort. Kanalisation haben bereits die Wiesbadener, Fennelbühl, Nam-bacher, Talstraße und Eigenheim mit ihren Neben- und Anschluß-straßen. Der größte Teil der Hausbesitzer in den Villenstraßen haben bereits ihre Hausgrundstücke entwässert, viele sind noch damit beschäftigt, einige weitere Bauten stehen noch be-vor. Gegenwärtig kommen an die Reihe die Durgstraße, wo die Kanalisationsarbeiten in diesen Tagen begonnen haben, dann die Weibergarten-, Vierstädterstraße und Langgasse. Die Ausführung der Arbeiten in letzteren soll noch im Jahre 1916 in Angriff genommen werden, was um so mehr anzuerkennen ist, als einerseits Arbeitern Gelegenheit geboten wird, während der Kriegszeit Beschäftigung und Verdienst zu finden, andererseits sind die Vorteile der Abwässerung nicht hoch genug anzuschlagen, weil damit üble Gerüche in den Straßen und an den Böden beseitigt werden. Die wesentlichsten Vorgänge sind die außerordentlichen

Was „Kleinigkeiten“ im Kriege kosten.

Welche ungeheuren Summen der Krieg auch durch die Ver-stellung von Dingen verschlingt, die nur ganz nebensächliche Be-deutung haben, beleuchtet ein Aufsatz des New Yorker „Engineering and Mining Journal“.

Bei den amerikanischen Kriegslieferungen an England mußte z. B. bei jeder Granate ein messingener Stöpsel mitgeliefert werden, durch den der Zünder beim Transport geschützt wurde. Diese Stöpsel werden vor dem Abfeuern des Geschosses herausgenommen und weggeworfen. Dabei war das Messing außerordentlich kost-spielig. Als einmal bei einem Kriegslieferanten diese Messingstöpsel in großer Anzahl bestellt wurden, verlangte er dafür mehr als eine Million Dollar, und da man dies für zu hoch fand, erklärte er, die-selben Stöpsel für weniger als 1/100 der ersten Summe liefern zu können, wenn er sie statt aus Messing — aus Holz anfertigen könne. Dies wurde gestattet, und seitdem erfüllen die hölzernen Stöpsel denselben Zweck; aber mit den messingenen hat man ungeheure Summen vergeudet.

Die Zeitblätter, die sehr heisse mechanische Apparate sind, müssen vor Feuchtigkeit und Staub bewahrt werden und werden deshalb beim längeren Transport mit einer Hülle von Stanniolpapier umgeben. Als die russische Regierung in Amerika 25 Millionen solcher Bänder bestellte, vermochten die Fabrikanten nicht genügende Mengen Stanniolpapier aus Jinn herbeizuschaffen und verordneten daraufhin eine ähnliche billigere Substanz aus Blei, wodurch große Summen gespart wurden.

Ein neuer photographischer Vervielfältigungsapparat.

„Joa Janulus“ ist der Name eines neuen von den Kamera-herstellern Ica L. G. in Dresden auf den Markt gebrachten Apparates, der die photographische Vervielfältigung von Dokumenten, Druck-seiten, Zeichnungen usw. auf fast mechanischem Wege ohne besondere Vorkenntnisse gestattet. Der Apparat besteht, wie wir der Zeitschrift für angewandte Chemie entnehmen, aus einer photographischen Kamera, die aber so eingerichtet ist, daß sie über die wiederzu-gewebenden Objekte geschoben werden kann und diese von oben auf-nimmt. Dabei erfolgen die Scharfeinstellung und sonstige Maß-nahmen nach leicht ablesbaren Skalen. Es können sowohl Einzel-aufnahmen auf Negativplatten als auch bei Benutzung einer Roll-fassette direkte Vervielfältigungen auf Papier in beliebiger Anzahl gemacht werden. Innerhalb einer halben Stunde können 100 Papierkopien hergestellt werden. Die Bromüberfachten können

Kleines Genilleton.

Frankfurter Theater.

Neues Theater. „Michael Kramer“ von Gerhart Hauptmann. Gastspiel Albert Steinruds. In der aus dem Jahr 1900 stammenden Gesamtausgabe von Gerhart Hauptmanns Werken ist „Michael Kramer“ mit dem „Friedensfest“, „Einsame Menschen“ und „College Cramp-ton“ unter dem Oberbegriff Familiendramen zu einem Band vereinigt. Ihnen stehen die Sozialen Dramen gegenüber, die jedoch nur dem Stoff, besser noch dem Milieu nach sich von ihnen unterscheiden; sie sind aus dem gleichen Gefühl von Welt und Kunst geboren. Es waren die neu-riper Jahre, die naturalistische Sturm- und Drangperiode Deutschlands, der wir heutigen trotz allem, was nachher an Gegenständen, an Neuromantik, an andersgerichtetem Kunst-gefühl kam, die Aufklärung mit einer Menge von Vorur-teilen und das Wiedererwachen der künstlerischen Leidenschaft verdanken. Es ist kein Zufall, daß in Michael Kramer ebenso wie in College Cramp-ton die Hauptcharaktere Künstler sind; waren es doch die Probleme des Künstlertums, der Kampf dessen, der Neues in neuer Form zu sagen hat, gegen die Akademiker auf dem Gebiet der Kunst; das Abwägen von Freiheit und Verantwortlichkeit in Arbeit und Leben, die neben den mächtig auftragenden sozialen Problemen Pflicht und Mäler jener Zeit besonders betreten.

Am Michael Kramer handelt es sich um den alten Kampf von Vater und Sohn, die aneinander vorbeigehen, sich be-fechten, keinen Weg zueinander finden. Der psychologische Reiz des Stückes besteht darin, daß es sich hier nicht um troste Gegenstände handelt, sondern daß Vater und Sohn, beide gut und beide böse sind. Hier der Vater, voll Reinheit, Größe, Streben, Liebe; aber ein Eiferer zum Guten, ein Tyrann seinem Sohn gegenüber, ein Vandal aus Mangel an Ver-trauen. Dort der Sohn, hochbeacht, zum Schicksal fähig, doch von solch pathologischer Passivität, daß er sich treiben läßt von Zufälligkeiten und nicht sein Leben gestaltend in die Hand nimmt. Sinnend, aufsteigend sucht er die Wirklichkeit zu fassen und verliert sich an sie. Ein pathologischer Reiz treibt

Verbesserungen der sanitären Verhältnisse, der Hausanschlüsse und die Straßenkassen. Die Bauausführung erfolgt durch das Kanalbauamt der Stadt Wiesbaden.

Schierstein, 23. März. (Die Zahlen zur Gemeindevertretung) sind in aller Stille, fast unbemerkt, vor sich gegangen; weiß sie im Zeichen des Bürgerfriedens standen und die Wiederwahl sämtlicher auscheidenden Vertreter proklamiert war, fehlte es an jeglichem Interesse. Selbst in der 1. Klasse, die eine Erziehungswahl vorzunehmen hätte, konnte man es nicht einmal zu einer angelegten Wahlversammlung bringen, zu der ganze 8 Mann erschienen waren. Die Wahlbeteiligung war sehr gering und auch in der 2. Klasse waren nur 28 Wähler erschienen. Sämtliche bisherigen Vertreter haben ihr Mandat behalten. An Stelle des verstorbenen Gemeindevorstehers Herrn Heinrich Wahl wählte die 1. Klasse den Maurermeister Ludwig Kessel II. Nach der für die 2. Klasse sehr günstigen Wahlzeit hätten wir eine größere Beteiligung erwartet. Diese Teilnahmslosigkeit in der letzten Zeit spricht Bände.

Aus den umliegenden Kreisen.

Kriegsfürsorge!

Der Krieg hat eine solche Flut von Verordnungen des Bundesrats, der Einzelregierungen und untergeordneter Behörden gebracht, daß es schon den beruflich oder ehrenamtlich beschäftigten Leuten in der Kriegsfürsorge schwer wird, sich durch die Verordnungen zu arbeiten. Weil die ärmsten Leute an diesen Verordnungen und Verfügungen sehr stark interessiert sind, die Aufklärung durch Versammlungen und durch die Presse nicht immer möglich ist, so hat Genosse Walter (Höchst), gleichzeitig im Auftrage der Gewerkschaftsvereine, seit Monaten in den entlegenen Orten des Bezirks Kreistag-Höchst-Hungen Sprechstunden angesetzt, die sich sehr gut bewährt haben. Genosse Walter erteilt in diesen Sprechstunden Auskunft in Fragen der Kriegsfürsorge, Unterstützung der Angehörigen der Kriegsteilnehmer, Kriegswochenhilfe, Kriegsbeschädigtenfürsorge, Rentenfragen für Hinterbliebene und Kriegsbeschädigte usw. usw., natürlich auch über die Krankenlücken, Invaliditätsangelegenheiten usw. Vielfach müssen auch die nötig werdenden Schriftsätze an die zuständigen Behörden angefertigt werden.

Um den Landbewohnern Gelegenheit zu geben, Verwandte oder Bekannte auf diese Sprechstunden aufmerksam zu machen, sollen diese jetzt auch in der „Volksstimme“ veröffentlicht werden. Genosse Walter ist zu sprechen:

Samstag den 25. März:

Ab Rein, Hotel „Zum Löwen“, vorm. 9—10 Uhr;
Börsdorf, im „Kaffeehaus“, vorm. 11—12 Uhr;
Ballrabenstein, bei Gastwirt Will, nachm. 1—2 Uhr;
Balsdorf, bei Gastwirt Krog, nachm. 4—5 Uhr;
Ramberg, Gasthaus „zur Krone“ abends 7—8 Uhr.

Sonntag den 26. März:

Haffelbach, bei Gastwirt Adam Maurer, mittags 11—1 Uhr;
Niedelbach, bei Gastwirt Albert Bach, nachm. 3—5 Uhr;
Steinbach, bei Gen. August Diehl, abends 7—8 Uhr;
Schriftliche Anfragen sind unwillig an die Arbeitersekretariate oder an Genosse Walter, Höchst, Ringstraße 18, par., zu richten.

Die Versorgung der Hinterbliebenen von Kriegsteilnehmern in Hessen.

In der zweiten Kammer des hessischen Landtages beantragte der Abgeordnete Herrich, die Großh. Regierung zu ersuchen, bei dem Bundesrat dahin zu wirken, daß die Versorgung von Angehörigen und Hinterbliebenen der Kriegsteilnehmer des Unteroffizier- und Gemeinenstandes in folgender Weise geändert werde:

1. Für die nach den §§ 20 und 27 des Militär-Hinterbliebenengesetzes von 1907 zu gewährenden Hinterbliebenenbezüge sollten neben den bestehenden Normalbeträgen folgende Mindestsätze bestimmt werden:

- a) für die Witwe allein nicht unter einem Drittel des vor dem Kriege verheirateten Einkommens des verstorbenen Ehemannes, jedoch nicht mehr als 1000 Mark;
- b) für jede Halbwitwe nicht unter einem Fünftel des Witwenbetrages;
- c) für jede Vollwitwe nicht unter einem Drittel des Witwenbetrages, zusammen jedoch nicht über den Betrag des Witwenbetrages hinaus.

Witwen- und Waisengeld zusammen können, soweit sie über

bei Tageslohn ausgemesselt werden und können zu 10, 20, 50 und 100 Aufnahmen in den Handel. Die Anzahl der Aufnahmen wird durch ein Hählwerk registriert; eine selbsttätige Sicherung schließt Doppelbezug eines Bildes aus. Der Apparat kann auch zur Aufnahme kleiner körperlicher Gegenstände für Alibiabgabe dienen. Die Aufnahme erfolgt dabei selbsttätig und ohne Zutun des Betreffenden, der nur die Notwendigkeit einer Kontrolle bestätigt. Für Identifizierung wird ein feineeres Metallgitter geliefert, das schnell über das aufzunehmende Objekt geschoben und ebenso schnell wieder entfernt werden kann.

Ein besonderer Vorteil ist die Billigkeit des Verfahrens. Die Universitätsbibliothek in Leipzig hat zwei Kamulus-Apparate aufgestellt und liefert jedermann Photographien aus den Reihen ihrer Bestände für 35 Pfennig das Blatt. Für Gelehrte, Studenten und sonstige Leser wird dadurch das lästige, zeitraubende Abschreiben ganzer Seiten oder das Kopieren von Zeichnungen mit der Hand überflüssig.

Bücher und Schriften.

„Die Versorgung der Kriegsteilnehmer, ihrer Familien und ihrer Hinterbliebenen.“ Von diesem von der Buchhandlung „Vorwärts“, Paul Singer, G. m. b. H., Berlin-S.W. 68, verlegten Führer ist schon eine neue, verbesserte Auflage erschienen. Sie berücksichtigt die inzwischen eingetretenen Änderungen und Ergänzungen der in Betracht kommenden Gesetze, insbesondere die Bekanntmachung vom 21. Januar 1916, die den Kreis der Unterstützungsberechtigten ausdehnt, die Anordnung über besondere Zulagen an Kriegsinvaliden und -weisen und die Bekanntmachung vom 22. Dezember 1915 über die Anrechnung von Militärdienstleistungen und die Erhaltung von Anwartschaften in der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Die übersichtliche Anordnung des Stoffes legt jeden in die Lage, sich ohne viel Mühe über jede einschlägige Frage zu unterrichten. Preis der Broschüre 30 Pfennig.

„Dokumente zum Weltkrieg.“ Herausgegeben von Edward Bernheim. Verlag der Buchhandlung „Vorwärts“, Paul Singer, G. m. b. H., Berlin. Als 12. Heft dieser Sammlung ist schon „Das deutsche Weltbuch II“ (Ergänzungsbuch), erster Teil, erschienen. Preis 50 Pfennig. Es enthält die vom Auswärtigen Amt herausgegebenen Nachträge. In Kürze wird auch der zweite Teil dieses Ergänzungsbuches erscheinen. In dieser Serie sind bisher erschienen: „Das deutsche Weltbuch“, „Das englische Weltbuch“, erster Teil, „Das englische Weltbuch“, zweiter Teil, „Das russische Weltbuch“, erster Teil, „Das belgische Weltbuch“, „Das belgische Weltbuch“, erster Teil, „Das belgische Weltbuch“, zweiter Teil, „Das belgische Weltbuch“, dritter Teil, „Das österreichisch-ungarische Weltbuch“, „Das griechische Weltbuch“, erster Teil, „Das griechische Weltbuch“, zweiter Teil, „Das serbische Weltbuch“.

die Normalhöhe hinausgehen, nicht mehr als zwei Drittel des vor dem Kriege verheirateten Einkommens des Kriegsteilnehmers und nicht mehr als 2000 Mark betragen.

Die Aufnahmen hätten hierdurch in Wegfall zu kommen. 2. Die Bezüge der Hinterbliebenen von Kriegsteilnehmern des Unteroffizier- und Gemeinenstandes gemäß § 20 a des Gesetzes, denen eine anderweitige Versorgung rechtmäßig zusteht, wären in dem Sinne zu regeln, daß die Bezüge aus der Kriegsversorgung und der sonstigen Versorgung zusammen nicht hinter den Beträgen zurückbleiben, die sich nach dem Antrag unter 1 ergeben.

3. Das Kriegseilerngehalt sollte allgemein auf 500 Mark und 300 Mark erhöht oder aber in solchen Fällen, in denen die Eltern oder der einzelne Elternteil erwerbsunfähig sind und von dem verstorbenen Sohne ganz oder fast ausschließlich unterhalten worden sind, bis zu demjenigen Betrag erhöht werden können, der dem Waisengeld einer Vollwitwe nach dem Antrag zu 1 c oben entspricht.

4. Die Kommunalverbände müssen ermächtigt werden, die Kriegseilernunterstützung an erwerbsunfähige Eltern in der Höhe zu bewilligen, wie sie für die Ehefrauen vorgesehen sind.

5. Wird nach dem Tode eines Kriegsteilnehmers an Stelle einer Hinterbliebenenversorgung nur eine einmalige Unterstützung bewilligt, so wird die bisher bewilligte Kriegseilernunterstützung bis zu erfolgter Demobilisation weitergezahlt.

Ueber die Behandlung dieses Antrages in der hessischen zweiten Kammer werden wir ausführlich berichten.

Hessischer Landtag.

(Zweite Kammer.)

Darmstadt, 23. März.

Die Beratung des Staatshaushalts für 1916 wurde fortgesetzt beim Landwirtschaftetat.

Abg. Haus (Vob.) konstatierte, daß die Kartoffelbestände ausreichen und genügen. Im kommenden Winter dürften wir wieder eine ansehnliche Schweinefleisch haben. (Zulechter Trost! Red. d. Volksh.)

Ministerialrat Schlegel betonte, daß eine endgültige Regelung der Kartoffelfrage erst kommen kann, wenn die Zeitungsanfrage vom 15. April vorliegt.

Abg. Freidenbach (Vob.): Für die Kartoffelbestandsaufnahme sollte ein späterer Termin angesetzt werden, weil auch nach dem 15. April noch Kartoffeln auf Saat gesteckt werden. Wenn die vorige Bestandsaufnahme nicht beim Preis von 6.10 Mark vorgenommen wäre, sondern bei einem Preis von 9.50 Mark, wie jetzt, dann wäre ein ganz anderer Bestand herausgekommen. (Gelächter.)

Abg. Gihert (Soz.): Trotzdem in den Städten Tausende von Menschen Hunger leiden müssen, gibt es Menschen, die mit ihren landwirtschaftlichen Erzeugnissen zurückhalten. Herr Freidenbach gab das heute selbst zu, daß das in seinen Kreisen so geübt wird. Er meinte, da jetzt höhere Preise gezahlt werden, auch größere Mengen angeboten werden. Es ist leistungsgenau, daß es solche Leute gibt, auch in unserem Fleischanbau.

Abg. Adelung (Soz.): Herr Freidenbach hat vorher eine Tatsache festgestellt, indem er sagte, hätte man damals statt 6.10 Mark, wie jetzt 9.50 Mark, für die Kartoffeln bezahlt, dann wären auch größere Mengen auf den Markt gekommen. An der von Freidenbach selbst angegebenen Tatsache ist nun nicht mehr zu rütteln.

Ministerialpräsident Dr. Weder erklärte, entgegen dem Anschauungsgegenstand, die Stelle des Staatskommissars bei der Zentralstelle der Hessischen Landwirtschaftlichen Genossenschaften definitiv zu bewilligen. Der Umfang der Dienststelle liegt bei 200 Millionen Mark in 1914 auf 335 Millionen Mark in 1915, das sind 60 Prozent! Die Schulden der Genossen bei der Kasse verminderten sich in dem genannten Zeitraum um 4 Millionen Mark! (Da sieht man also einen Teil des Niederschlags der großen Teuerung auf dem Lebensmittelmittelmarkt! D. M.)

Bei der Abstimmung über den Stellenantrag ergaben sich 183 Stimmen; dagegen soll es nochmals vorgenommen werden. Im übrigen wurde der Etat genehmigt. Zum Kapitel „Kunststättenwesen“ beantragte die Abg. Hebel und Adelung, die Regierung zu ersuchen, dahin zu wirken, daß sämtliche Technikerstellen bei den Kreisen durch Bauinspektoren der Dienststellenliste nach zu besetzen sind, eventuell zu ernennen, daß im Weigerungsfalle den betreffenden Kreisen die staatlichen Zuschüsse entzogen werden. Die Antragsteller motivierten ihren Antrag als eine Konsequenz früherer Beschlüsse des Hauses.

Ministerialrat Dr. Kraß entgegnete, daß dem Antrag gemäß schon jetzt verfahren wird.

Das Kapitel wurde bewilligt. Ebenso ohne Debatte der Justizetat, da die Herren Justiz verabschiedet hatten, auf ihre sonst gemachten Reden zu verzichten. Und das will schon etwas heißen. Ohne Debatte wurden auch große Teile des Finanzgesetzes genehmigt. Hierbei frag

Abg. Henrich (Fortf. d. Vpl.) an wegen Unterstützung von Staatsunternehmungen aus Anlaß des Krieges. Es sollten direkte Beiträge an die Ministerien zugelassen werden. Auch müßte bei bestimmten Einkommen die Bedürftigkeit ohne weiteres gelten.

Staatsminister v. Gumbel: Bis jetzt wurden etwa 120 Gesuche eingereicht, denen zum größten Teil auch entsprochen werden konnte, so daß an Unterstützungen und Darlehen etwa 8000 Mark ausbezahlt worden sind.

Zum Kapitel 116 (Verhältnis zum Reich) hat Abg. Dr. Cmann beantragt, die Kammer wolle beschließen, an die Großh. Regierung des Reiches zu richten, daß nach dem Kriege bei dem großherzoglichen Hofe Gesandte anwärtiger Mächte nicht mehr zugelassen werden.

Staatsminister v. Gumbel: Die Regierung glaubt, Zurückhaltung üben zu müssen; denn an einer Stelle müssen die Verbindungen doch wieder angeknüpft werden. Es wäre eine Vereinfachung, wollten wir jetzt erklären, wir lassen eine fremde Gesandtschaft hier nicht zu, bevor wir nicht wissen, wie sich die Dinge sonst gestalten. Auch ein Festhalten der Möbel wäre ein Vorwand unsererseits gewesen.

Der Antrag Cmann wurde dann einstimmig angenommen. Die übrigen Kapitel genehmigte das Haus ohne Debatte.

Nächste Sitzung Freitag vormittag (Steueretat und Finanzgesetz).

Höchst, 24. März. (Herr Michael Christ — Stadtrat und Kreisratsabgeordneter a. D.) In der gestern abend abgehaltenen Stadtkonferenz wurde vom stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Zandt, ein Brief des Herrn Michael Christ vorgelesen, in welchem dieser seine Mutter als Stadtrat usw. mit der Begründung niederlegt, daß er sich krankheitsbedingt im Sommer mehr auswärts aufhalten müsse. Vor einigen Tagen wurde bekannt, daß Herr Christ auch sein Mandat zum Kreisrat niedergelegt hat. Dieser sehr traurige Herr Christ ist nun also auch erkrankt. Der so geschätzte Mann, dessen vielseitige Erfahrungen und Arbeitskraft den hiesigen Kollegen noch vor wenigen Wochen so unentbehrlich dünkten, daß sie ihn in den Stadtrat und den Kreisrat neu wählten, fühlt sich plötzlich nicht mehr stark genug, seine Mutter zu behalten. Die Verlesung des Schreibens, in welchem Herr Christ selbst auf seine 58jährige Tätigkeit für die Stadt hinweist, auch die konventionellen Dankesworte des Vorsitzenden wurden von den Stadträtern mit starker Rube aufgenommen. Ja, ja! Die chronische Krankheit ist akut geworden. Rühmte Höchstler Bürger werden sich heute über die Haltung unserer hiesigen Kollegen zur — Krankheit des Herrn Christ ihre eigenen Gedanken machen. Manchen entschließt der Stoßsitzer: „Ihm ist wohl, und ist besser!“

Hagen i. L., 24. März. (Ungeheure Kriegsgewinne) jeden gegenwärtig die Volksh. und Arbeiter durch ihren hiesigen Vertrieb ein. Da wäre es die höchste Zeit, daß endlich einmal die Firma sich um das Los ihrer Arbeiter und Arbeiterinnen

besümmern würde, die unter menschenunwürdigen Lohn- und Arbeitsbedingungen ihr Dasein fristen. Ohne von 300 Mark abwärts bis 3.20 Mark für verheiratete Leute, dann 2.50 Mark für Frauen und 2.00 Mark für Jugendliche, das nennt die Firma auskömmlichen Lohn in dieser teuren Zeit! Wozu und wozu? Die Arbeiter verlangen man jetzt die größte Selbsterleuchtung, Verzicht aufs Streikrecht und anderes mehr. Die Vaterlandsliebe dieser Firma zeichnet sich aber nur im Aufspeichern von Kriegsgewinnen aus. Wo bleibt da die ausgleichende Gerechtigkeit?

Holzbach, 23. März. (Brand.) Das Anwesen des Bandwirts Paul Gumm, der sich im Felde befindet, ist vollständig niedergebrannt. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Briefkasten der Redaktion.

Gute Deutsche. Sie irren, im Herrenhaus sitzt kein Sozialdemokrat.

Sportliche Veranstaltungen.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Frankfurt a. M. Sonntag: Teunuswanderung. Abfahrt 5 Uhr 30 Min. Hauptbühl.

Die Unfallversicherung im Jahre 1914.

Der Krieg, der die Arbeiter aus den Fabriken nahm und den Betrieb überall einschränkte, hat auch die Unfallversicherung zum Stillstand kommen lassen. Die Zahl der Unfälle, für die im Jahre 1914 zum erstenmal Entschädigungen gezahlt wurden, beläuft sich auf 124 086 gegen 130 633 im Vorjahre, es ist also eine nicht unerhebliche Abnahme zu verzeichnen. Darunter waren 6401 Unfälle mit tödlichem Ausgang und 793 Unfälle mit der Folge einer dauernden völligen Erwerbsunfähigkeit. Die Zahl der von tödlich verletzten Personen hinterlassenen Entschädigungsberechtigten, die im Jahre 1914 die erste Rente erhalten haben, beträgt 18 663 gegen 20 608 im Jahre 1913. Darunter befinden sich 6104 Witwen, 12 473 Kinder und Enkel und 376 Verwundete in aufsteigender Linie. Die Anzahl aller im Jahre 1914 überhaupt gemeldeten Unfälle beträgt 704 973 gegen 759 373 im Jahre 1913. Diese Ratenzahlen beziehen sich auf 117 Berufsgenossenschaften, 191 staatliche Ausführungsbüros und 372 Ausführungsbüros von Gemeinden und Gemeindeverbänden, zusammen 683 Ausführungsbüros. An Renten wurden gezahlt 177 788 793.53 Mark gegen 175.3 Millionen Mark im Jahre 1913. Die Gesamtausgaben der 117 Berufsgenossenschaften belaufen sich auf 205 450 390 Mark, denen als Einnahmen 200 233 924 Mark gegenüberstehen. Unter den Ausgaben befinden sich 882 072 Mark für die Kosten des Rechtsganges, 2 1/2 Mill. Mark für die Unfallversicherung, 18.3 Mill. Mark für laufende Verwaltungskosten, 2.3 Mill. Mark für die besondere Verwaltung und 7.4 Mill. Mark an Zuschüssen und Ergänzungen für die Mitglieder. Der Vermögensbestand der Berufsgenossenschaften belief sich am Schluß des Jahres 1914 auf 580 028 898 Mark; er wies gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von fast 4 Mill. Mark auf.

Telegramme.

10 600 000 000 vierte Kriegsanleihe.

Berlin, 24. März. In der heutigen Sitzung des Reichstages teilte Staatssekretär Helfferich mit, daß die Reichsanleihe für die Kriegsanleihe 10 Milliarden und 600 Millionen betragen. Nicht anrechnet sind die Auslandszuweisungen.

Sozialdemokratie und Etat.

Berlin, 24. März. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat die Zustimmung zum Notetat mit 46 gegen 30 Stimmen beschlossen.

Die Sozialdemokraten im hessischen Landtag stimmen für das Budget.

In der hessischen zweiten Kammer wurde heute die Erhöhung der Einkommensteuer um 12 Prozent und der Vermögenssteuer um 5 Pfg. auf das Tausend einstimmig beschlossen. Die Sozialdemokraten und Sozialdemokraten zogen ihre Anträge zum Finanzgesetz zurück. Dafür wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die eine sozialere Ausgestaltung des Einkommensteuergesetzes fordert.

Das Budget (Finanzgesetz) für das Jahr 1916 wurde hierauf einstimmig angenommen. Genosse Ulrich gab vorher folgende Erklärung ab: „Meine Freunde und ich werden nunmehr, nachdem wir während der Verhandlungen zu den einzelnen Kapiteln unseren Standpunkt geäußert haben, nicht gegen das Budget stimmen. Es geschieht, weil die Regierung erklärt, daß die Zugehörigkeit zu unserer Partei nicht mehr als Grund einer ungleichen Behandlung gelten soll. Und zwar sowohl bei der Befähigungsfrage als auch in anderen Fragen. Insbesondere bei der Frage der finanziellen Beihilfen für die Arbeiterjugend und der Turnvereine, wobei wir uns der Hoffnung hingeben, daß den theoretischen Erklärungen der Regierung praktische Durchführung folgen wird.“

Englischer Bericht.

London, 24. März. (H. B. Richtantlich.) Amtlicher Bericht vom Donnerstag. Bei erfolgreichen Streikzügen gegen feindliche Schützengräben in der Gegend von Commeacourt, Böhmen und der Straße von La Bassée wurden ein Gefangener eingebracht und drei Unterstände mit Deutschen durch Bomben in die Luft gesprengt. Der Feind ließ nördlich von Arras eine kleine Mine, sowie zwei Minen nördlich von Neuchapelle springen, wodurch unsere Schützengräben leicht beschädigt wurden. Ein Handgranatengriff nördlich von Arras wurde abgeschlagen. Artillerietätigkeit bei Fricourt, Commeacourt, Soudier, der Hohenzollernstraße und Ypern. An einer Stelle wurde eine starke Explosion in den feindlichen Linien hervorgerufen.

Türkenkämpfe.

Konstantinopel, 24. März. (H. B. Richtantlich.) Bericht des Hauptquartiers. An der Frontlinie bei Jassie versuchte eine feindliche Abteilung von ungefähr zwei Bataillonen unsere Vorposten auf dem rechten Tigrisufer anzugreifen, wurde aber nach einseitigem Kampfe zurückgeschlagen. — In der Nacht vom 21. März warfen unsere Flieger vier Bomben auf die Feinde in der Gegend von Amara. In derselben Nacht griff eine unserer Wasserflugzeuge feindliche in der Gegend von Amara an. In der Nacht vom 22. März griffen unsere Flieger vier Bomben auf die Feinde in der Gegend von Amara an. Die Beobachtungen, daß alle Bomben wirksam ihr Ziel erreichten. Ein feindliches Torpedoboot wurde bei Segelschiffen mit über 200 als Räuber verteilten Soldaten und Landete sie unter feindlicher Schutze in der Ortschaft Keumirili auf dem Südufer des Golfs von Elazog. Aber auf den Angriff unserer zahlenmäßig schwachen Fliegerabteilungen konnten sich die Räuber trotz des Schutzes des Torpedobootes am Ufer nicht halten und flüchteten eilig auf die Barken, wobei sie jedoch zehn der Bevölkerung gehörende Dammel mitnahmen; darauf zogen sie sich zurück. Sonst ist nichts zu melden.